



Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030 227-75040  
Telefax: 030 227-76411  
E-Mail: karin.strenz@bundestag.de

[www.strenz.de](http://www.strenz.de)



## Brief aus Berlin (10)

8. Juni 2018

Thema: Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“,  
Familiennachzug, BAMF

Liebe Leser,

die aktuelle Legislaturperiode schreitet mit großen Schritten voran, die letzten Sitzungswochen des ersten Halbjahres sind angebrochen. Mit dem heutigen Ende des Plenums liegt wieder eine ereignisreiche Sitzungswoche hinter uns, es folgen noch drei weitere bis zur Sommerpause. Seit sich am Mittwoch der **Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“** konstituiert hat, werde ich mich in nunmehr drei Ausschüssen, neben Verteidigung und Sport, hier auch ganz besonders gern einbringen. Es ist mir ein echtes Herzensanliegen, mich im Bundestag mit lauter Stimme stark zu machen für diejenigen, die ehrenamtlich anderen helfen, denn sie sind auf verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen. Wer anderen unter die Arme greift, der darf nicht ausgebremst werden, sondern benötigt tatkräftige Unterstützung. Ohne Ehrenamt geht es nicht, ob in Stadt, Kommune oder Gemeinde, überall werden händeringend engagierte Menschen gebraucht. Ehrenamtler sind aus unserem gesellschaftlichen Leben inzwischen nicht mehr wegzudenken. Wir stehen fest an der Seite all derjenigen, die sich ehrenamtlich einbringen und anpacken. Ob in Kultur, Sport, Politik, Kirche, in sozialen Einrichtungen



und Verbänden, in THW oder Feuerwehr und noch ganz vielen weiteren Bereichen mehr: Ehrenamtler leisten einen ganz entscheidenden Beitrag zu einer funktionierenden Gesellschaft und ich bin deshalb auch jedem einzelnen für das Engagement überaus dankbar. ABER: Wir müssen das Bewusstsein für das Thema „Ehrenamt“ noch weiter schärfen, auf Bundes-, Landes- und Kreisebene besteht hier leider immer noch Nachholbedarf, um das Engagement noch intensiver zu unterstützen. Wir müssen die Vereinbarkeit von Arbeit, Ausbildung, Familie und Beruf mit dem Ehrenamt noch praktikabler gestalten, vorhandene bürokratische Hürden abbauen und denjenigen, die freiwillig, in ihrer viel zu knappen Freizeit, etwas für andere tun, das Engagement auch weitreichend erleichtern. Das Wort „Ehrenamt“ darf nicht mehr nur eine plakative Worthülse sein, sondern es soll eine echte



Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030 227-75040  
Telefax: 030 227-76411  
E-Mail: [karin.strenz@bundestag.de](mailto:karin.strenz@bundestag.de)

[www.strenz.de](http://www.strenz.de)



## Brief aus Berlin (10)

8. Juni 2018

Thema: Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“,  
Familiennachzug, BAMF

und vor allem realisierbare Bereicherung für unsere Gemeinschaft darstellen. Deshalb freue ich mich sehr auf eine konstruktive Arbeit im Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“, denn hier kann ich all das, was mir von den vielen engagierten Menschen in meinem Wahlkreis vor Ort bei den zahlreichen Gesprächen mit nach Berlin mitgegeben wird, anbringen und mit meinen Kolleginnen und Kollegen mögliche Lösungsansätze und realisierbare Erleichterungen diskutieren. Dass die Wichtigkeit des Themas im Bundestag auf Konsens stößt, zeigt unter anderem auch, dass Ministerin Dr. Franziska Giffey (SPD) an der konstituierenden ersten Sitzung sehr gern teilnahm und eine enge Zusammenarbeit zusagte. Das ist für mich zunächst sehr erfreulich, aber Ehrenamt ist mehr als nur Sozial- und Familienpolitik, wir benötigen darüber hinaus auch eine enge Verzahnung mit dem Innen- und Heimatministeriums sowie eine stabile und unkomplizierte Zusammenarbeit mit dem Justizministerium sowie den anderen Vertretern des Kabinettsstischs, die ebenfalls Berührungspunkte mit dem Ehrenamt haben. Sicherlich können auch wir im Deutschen Bundestag nicht alles immer sofort lösen, aber es ist wichtig, dass wir auch auf Bundesebene all denjenigen die Hand reichen, die nicht nur meckernd auf der Couch sitzen, sondern ihre Freizeit sinnvoll zu unserer aller Wohle nutzen.

Ein weiteres wichtiges Thema in dieser Woche war und ist der allseits diskutierte und selbst an den Stammtischen der Republik breit debattierte sogenannte „Familiennachzug“. Bereits zu Beginn des Jahres haben wir den Anspruch auf Familiennachzug abgeschafft. Das stieß nicht überall auf Gegenliebe und dafür mussten wir -auch innerhalb der Koalition- hart gegen die „Möchtegern-Gutmenschen“ ankämpfen. Aber die damalige Entscheidung ist auch aus heutiger Sicht noch die Richtige. Festgelegt wurde, dass ab 1. August höchstens 1.000 Personen je Monat aus humanitären Gründen zu ihren Familien in Deutschland nachziehen dürfen. Wir haben dabei immer im Auge, dass die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft nicht unendlich belastbar ist und dafür müssen wir schlichtweg auch die Flüchtlingszahlen reduzieren. Wie gesagt, die Maximalzahl der erlaubten „Nachzieher“ steht, jetzt geht es im zu beratenden Gesetzentwurf, den wir in dieser Woche in erster Lesung diskutierten, um eine praktikable Umsetzung und Ausgestaltung des Vorhabens. Wir haben dabei zunächst das Kindeswohl und einen nachvollziehbaren Integrationswillen im Blick. Nur, wer sich unseren gesetzlichen Bedingungen anpasst und auch tatsächlich willens ist, sich ernsthaft zu integrieren, der wird auch seine nachziehende Familie in diesem Sinne fördern und begleiten. Wer sich bereits heute abschottet und kein



Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030 227-75040  
Telefax: 030 227-76411  
E-Mail: karin.strenz@bundestag.de

[www.strenz.de](http://www.strenz.de)



## Brief aus Berlin (10)

8. Juni 2018

Thema: Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“,  
Familiennachzug, BAMF

Interesse an der deutschen Sprache und der Integration in eine funktionierende Gesellschaft zeigt, von dem können wir auch nicht erwarten, dass er andere dazu motivieren wird. Ganz entscheidend dabei ist, dass ein Nachzug zu potentiellen Gefährdern generell und kategorisch ausgeschlossen ist. Wer etwas Böses im Schilde führt und sich nicht an unsere Gesetze halten kann oder will, gehört nicht in unsere Gesellschaft und er kann auch nicht ernsthaft erwarten, dass wir dann auch noch für seine Familie unsere Türen öffnen. Integration ist keine Einbahnstraße und sie kann in einem weltoffenen Deutschland auch nur nach unseren Regeln und Gesetzen sowie unseren gelebten Werten funktionieren. Das ist nicht verhandelbar.

Offenbar gab es im Rahmen der Asylprüfungsverfahren in der Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Bremen Vorgänge, die das Gesetz umgehen wollten. Deshalb ist es jetzt wichtig, die Vorwürfe schnell, transparent und umfassend zu untersuchen, zu bewerten und aufzuklären. Fest steht: Eine Behörde kann immer nur so gut sein, wie es ihre Mitarbeiter sind und ebenso fest steht auch: Mitarbeiter sind auch nur Menschen. Das BAMF hatte in den vergangenen Jahren hunderttausende Asylverfahren durchzuführen,

sodass die Behörde um mehrere tausend Mitarbeiter aufgestockt werden musste und diese haben Enormes geleistet, eine Flut an Anträgen kam auf sie eingestürzt. Dabei sind zweifelsohne auch Fehler passiert. Daher brauchen wir jetzt eine lückenlose Aufklärung dieser Vorgänge

*„Die Befassung des Innenausschusses hat letzte Woche gezeigt, dass dies der richtige Ort für die Aufklärung ist.“*

Volker Kauder, Vorsitzender CDU/CSU-Fraktion

und einen schnellstmöglichen Abbau aller Probleme sowie einer Erhöhung der Qualität und Standards. So wichtig auch zügige Entscheidungen bei der Bearbeitung von Asylanträgen sind, die Schnelligkeit darf nicht zulasten einer fachgerechten Prüfung erfolgen. Es muss jetzt gewährleistet werden, dass verloren gegangenes Vertrauen wieder aufgebaut werden kann. Erste Maßnahme dabei ist, dass die BAMF-Außenstelle in Bremen keine Asylbescheide mehr erlassen darf, auch wurde der Bundesrechnungshof mit einer Prüfung beauftragt. Weitere Maßnahmen müssen folgen.

In diesem Sinne  
Karin Strenz